

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/13

Bonn, den 21. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Kurt Georg Kiesinger und die Realitäten</u>	31
	"Die stereotype Wiederholung des Satzes, daß die deutsche Wiedervereinigung oberstes Ziel der deutschen Politik sei, ist noch keine Politik"	
2	<u>Unruhe im zivilen Ersatzdienst</u>	41
	Bisherige gesetzliche Regelung unbefriedigend	
	Von Hans Bay, MdB	
3 - 4	<u>Bestandsaufnahme</u>	80
	Brandt und Schmidt diskutierten mit Kommandeuren und Unteroffizieren	
	Von Ludwig Nau	
5	<u>Deutsche Ostpolitik in der Sicht der USA</u>	31
	Wachsende Sympathien für Kanzler Brandt	
	Von Paul Neumüller, New York	

Kurt Georg Kiesinger und die Realitäten

"Die stereotype Wiederholung des Satzes, daß die deutsche Wiedervereinigung oberstes Ziel der deutschen Politik sei, ist noch keine Politik"

sp - Die Spannweite politischer Meinungen führender CDU-Politiker ist beachtlich, um nicht zu sagen erstaunlich. Kurt Georg Kiesinger, früher Bundeskanzler und z.Zt. CDU-Vorsitzender, weiß ein Lied davon zu singen. Im Augenblick gibt er sich unverbindlich. Als er Bundeskanzler war, sah er manches sehr wirklichkeitsnah. Da sah Kiesinger Realitäten. Ob das ein Ergebnis des näheren Umgangs mit Sozialdemokraten war? Diese Frage muß er sich selbst beantworten.

Am 11. September 1967 gab der damalige Bundeskanzler Kiesinger dem SPIEGEL ein Interview. Darin heißt es:

- * SPIEGEL: Was, glauben Sie, kommt?
- * KIESINGER: In China sehe ich zum Beispiel einen möglichen Faktor großer Veränderungen. Oder denken Sie bitte an den immer schneller werdenden Fortschritt unserer wissenschaftlich-technisch bestimmten Welt.
- * SPIEGEL: Und Sie glauben, daß diese Realitäten uns mehr zu schaffen machen werden als jene, die der Zweite Weltkrieg uns hinterlassen hat?
- * KIESINGER: Ganz Gewiß! Die Realitäten des letzten Krieges werden gegenüber den kommenden Entwicklungen für die dann lebende Generation an Gewicht verlieren. Vielleicht denken wir da in Deutschland manchmal ein wenig zu provinziell.
- * SPIEGEL: Zu provinziell?
- * KIESINGER: Wir dürfen nicht nur zurückblicken. Die stereotype Wiederholung des Satzes, daß die deutsche Wiedervereinigung oberstes Ziel der deutschen Politik sei, ist noch keine Politik. Ich habe in meiner Regierungserklärung so formuliert, daß das erste Ziel die Bewahrung des Friedens ist. Das ist der gemeinsame Nenner für alle offenen Fragen.

Die deutsche Wiedervereinigung nicht oberstes Ziel der deutschen Politik? Und "zu provinziell"? Man ist versucht, Herrn Kiesinger zu glauben, daß er tatsächlich die Realitäten erkannte, als er diese Sätze gelassen aussprach.

+ + +

Unruhe im zivilen Ersatzdienst

Bisherige gesetzliche Regelung unbefriedigend

Von Hans Bay, MdB

Die im Ersatzdienst für Kriegsdienstverweigerer schon seit längerer Zeit gärende Unruhe ist durch die Streiks einiger süddeutscher Ersatzdienstgruppen stärker als bisher ins Bewußtsein der Öffentlichkeit getreten. Man zeigt sich beunruhigt, und es fehlen nicht die Stimmen, die nach Disziplinierung rufen.

Nun, was zeigt sich demjenigen, der vorurteilsfrei und guten Willens sich um Klärung der Sachverhalte und Standpunkte bemüht? Er wird folgendes feststellen können: Auf der einen Seite befinden sich Kriegsdienstverweigerer, deren durchs Grundgesetz geschützte Gewissensentscheidung sie zu einem politischen Engagement eben im Sinn dieser ihrer gewissenhaft getroffenen Entscheidung geführt hat. Für sie ist Friedensdienst eine Aufgabe, der sie sich verpflichtet fühlen mit der Energie und auch dem Überschwang, die nun einmal zum jungen Menschen gehören. Der von ihnen gesehene Auftrag schließt die bisher ausgeübten Pflegedienste und Ähnliches keinesfalls aus, aber sie wollen mehr tun, besonders im Sinn des Abbaus von Aggressionen in allen möglichen Bereichen. Kögen ihre dahingehenden Vorschläge noch mangelnde Konturen zeigen, so stellt sich doch grundsätzlich die Frage, ob dieser Wille und diese Energien "für den Frieden" ungenutzt bleiben können und dürfen in einem Land, dessen Regierung sich die Sicherung des Friedens zur zentralen Aufgabe macht.

Den Ersatzdienst leistenden Kriegsdienstverweigerern stehen Männer, Institutionen und Gesetze gegenüber, die der so entstandenen Situation nicht immer gewachsen sind. Es soll hier niemand angegriffen, sondern nur eine entscheidende Sachaussage gemacht werden: Die Durchführung des Ersatzdienstes entspricht nicht nur materiell und personell, sondern vor allem auch in ihren gesetzlichen Grundlagen in keiner Weise den Gegebenheiten und Notwendigkeiten. Der Versuch des Gesetzes, den Ersatzdienst in Angleichung an den militärischen Dienst durchzuführen, muß als gescheitert betrachtet werden. Unruhe und Streik bei den Ersatzdienstleistenden richten sich im Grunde gegen die Auswirkungen dieses Versuchs und gegen die Geringschätzung sowohl ihrer Gewissensentscheidung als auch ihres Dienstes in der Praxis. Das muß auch dann festgestellt werden, wenn man zugibt, daß diese Unruhe in Einzelfällen von außen in den Ersatzdienst hereingetragen worden ist.

Dem Gesetzgeber eröffnet sich die Chance, Regelungen zu treffen, die das Verhältnis zwischen Jugend und "Etablierten", zwischen Initiative und Beharrung wenigstens im Bereich des Ersatzdienstes nicht mehr im Sinn der Unterordnung und Disziplinierung, sondern durch Partnerschaft, Mitbestimmung und fortlaufenden Dialog gestalten.

+ + +

Bestandsaufnahme

Brandt und Schmidt diskutierten mit Kommandeuren und Unteroffizieren

Von Ludwig Nau

Die im Rahmen der kritischen Bestandsaufnahme des Bundesverteidigungsministeriums durchgeführten Tagungen mit Kommandeuren, Kompanieführern, jungen Offizieren und Unteroffizieren, erweisen sich schon nach den beiden ersten Veranstaltungen als dringende Notwendigkeit. Ungeschminkt und ohne Rücksicht auf Vorgesetzte zeigen Offiziere und Unteroffiziere alle die Mängel in der Bundeswehr auf, die sich aus den Grundlagen unserer Wehrgesetze und der ministeriellen wie militärischen Praxis der letzten Jahre ergeben haben. Kein Wunder, daß der Arbeitskreis Verteidigung der CDU/CSU einmütig beschlossen hat, die Einladung von Verteidigungsminister Helmut Schmidt abzulehnen und an den Tagungen nicht teilzunehmen. Wer sitzt schon gerne dabei, wenn über seine vermeintlichen Leistungen der letzten Jahre eine kritische Bilanz gezogen wird.

Wer nun nach Kenntnis einschlägiger Arbeitspapiere des Ministeriums glaubte eine disziplinlose Armee vorzufinden, in der die militärischen Vorgesetzten im Kampf mit subversiven Elementen sich aufreiben, um wenigstens noch ein Minimum an Waffen und Geräten dem Zugriff böswilliger Saboteure zu entziehen, wer glaubte, die Unteroffiziere und Kommandeure riefen nach schärferen disziplinarischen Möglichkeiten, um ihren vermeintlich angeschlagenen Ruf und den Respekt vor ihrer Vorgesetztenposition weiter auszubauen, der wurde wie Helmut Schmidt "positiv überrascht, daß die Situation in der Bundeswehr offenbar besser ist, als man als Außenstehender gemeinhin annehmen muß".

Die Grundlagen dieser Armee scheinen keineswegs so schlecht. Was an besorgniserregenden Mängeln dargelegt wurde, sind offenbar die Folgen fehlender Kontrollen, die als Mittel einer sich ständig ergänzenden Verbesserung des militärischen Alltags hätten dienen müssen. Davon aber kann ebenso wenig die Rede sein wie von einer verantwortungsbewußten Einschätzung aller Folgen, die sich aus der Unterbesetzung militärischer Planstellen auf Bataillionebene und tiefer ergeben müssen.

Vom Unteroffizier bis zum General war man sich einig, daß solche freimütigen Aussprachen, wie sie Helmut Schmidt nun angesetzt hat, notwendig und fruchtbar sind. Bedenklich jedoch stimmt es, wenn ein Oberst erklärt, "ich freue mich einmal ungefiltert meinen obersten Dienstherren unsere Sorgen und Nöte vortragen zu können". Das war kein Schönschwätzer, der das sagte und viel Zustimmung erhielt.

Was ist davon zu halten, wenn man einen Brigadekommandeur sagen hört: "Nachdem ich ein Jahr lang ordnungsgemäß meine Meinung über die Lage innerhalb der Truppe weitergegeben habe, werde ich seit mehr als einem Jahr garnicht mehr gefragt. Die fragen nur noch da an, wo sie sicher sein können die gewünschten Antworten zu bekommen". Das beweist doch, daß eine bestimmte gewünschte Meinung gemacht und durch

bestellte Aussagen belegt wird.

Was aber soll diese Politik in den Führungsstäben unserer Streitkräfte? Wird hier eine neue Dolchstoßlegende systematisch aufgebaut, eine Theorie, die zu gegebener Zeit "beweisen" soll, daß die Militärs ja immer guten Willens waren und stets rechtzeitig vor allen Versäumnissen gewarnt haben und somit alle Verantwortung bei den Politikern liege? Ein sehr zweischneidiger Dolch!

Noch immer, so hat man den Eindruck, scheinen gewisse einflußreiche und das geistige Bild der Truppe bestimmende Funktionen von solchen Offizieren besetzt zu sein, deren Haupt - wie Bundeskanzler Willy Brandt vor den Unteroffizieren Ludwig Uhland zitierte - "mit einem Tropfen demokratischen Öls gesalbt ist". Das genügt nicht. Die Bundeswehr ist eine Armee in der Demokratie zur Erhaltung des Friedens, wie wir Demokraten ihn verstanden wissen wollen. Das bedeutet, wie der Bundeskanzler auf der Hamburger Unteroffizierstagung sagte, "daß insbesondere diejenigen, die in dieser Bundeswehr Menschen führen, bewußte Staatsbürger sind. Das heißt, diejenigen, die befugt sind, im Auftrag und zum Schutze unserer Demokratie Befehle zu geben, müssen eindeutig auf dem Boden unserer demokratischen Verfassung stehen und überzeugte Demokraten sein". Das ist ein Punkt über den diese Bundesregierung nicht mit sich diskutieren läßt.

Man kann sich auch nach diesen beiden Tagungen von Kommandeuren aller Teilstreitkräfte in Kiel und Unteroffizieren in Hamburg nicht des Eindrucks erwehren, daß auch in der Bundeswehr noch manches an demokratischem Selbstverständnis aufzuarbeiten ist. Wie anders waren sonst die offenbaren Mängel an zeitgemäßer Menschenführung zu verstehen? Wer hätte es sonst nötig, Berichte von Brigadekommandeuren zu filtern? Wer baute sich sonst eine Rückzugsposition zur Rechtfertigung eigener, völlig gegenwartsfremder militärischer Forderungen auf, die allein für die Sicherheitspolitik unseres Landes maßgeblich sein sollten? Wer kann nach allem dem, was in den letzten Tagen von der politischen Führung unseres Staates zur geistigen Grundlage der Bundeswehr gesagt wurde, noch die Forderung nach einer Armee von Soldaten um ihrer selbst Willen vertreten?

Fast nahtlos übereinstimmend haben Kommandeure und Unteroffiziere bewiesen, daß sie klare und zeitgemäße Vorstellungen vom Auftrag und der Bedeutung der Bundeswehr für unseren Staat haben. Ihre Kritik richtete sich nicht, wie das in einigen Papieren gelegentlich zum Ausdruck kam, gegen den Staat. Sie wissen sehr genau, wo die Ursachen der dargelegten Mängel liegen. Mit großen Erwartungen sehen sie der Bilanz dieser Bestandsaufnahme entgegen. Das ist ein sehr verantwortungsvolles Vertrauen unserer Soldaten in diese Regierung; es darf nicht enttäuscht werden.

Deutsche Ostpolitik in der Sicht der USA

Von Paul Neumüller, New York

"Eine Frostperiode wird zwischen unseren Beziehungen zu Bonn eintreten, aber Frost dauert nicht solange wie Eis", sagte, laut einem Artikel der NEW YORK TIMES vom 16. Januar 1970, ein hoher osteuropäischer Politiker nach der Rede von Bundeskanzler Willy Brandt zur Lage der Nation. Die TIMES unterrichtet anschließend ihre Leser über die Bemühungen von Bundeskanzler Brandt, den Dialog mit der DDR aufzunehmen und die Beziehungen zu den anderen Ostblockstaaten zu verbessern. Aus diesen Ausführungen ist nicht zu übersehen, daß man auch in den USA die Ostpolitik der Bundesregierung, einschließlich der Behandlung der Deutschlandfrage, akzeptiert und sogar befürwortet.

Der Wandel in der amerikanischen Presse und damit in der Öffentlichkeit setzte zu einem Zeitpunkt ein, als Brandt Außenminister wurde. Er vertiefte sich dann im Wahlkampf durch ausführliche und positive Artikel über Willy Brandt, seine Ministerkollegen und der SPD und erreichte seinen Höhepunkt mit dem Regierungswechsel. Seitdem ist die deutsche Frage fester Bestandteil der Berichterstattung geworden.

Bundeskanzler Brandt, dessen Bild immer häufiger in der amerikanischen Presse erscheint, (am 16. Januar 1970 allein zweimal in der NEW YORK TIMES in Großaufnahme) hat in Amerika eine Popularität erreicht, wie kein Kanzler zuvor. "Wirtschaftsexpansionen zum Osten und zum Westen und Anspruch auf eine Schlüsselrolle im Gemeinsamen Markt, gehören zu den Zielen, die sich Bundeskanzler Brandt gestellt hat", schreibt die NEW YORK TIMES am 16.1.1970 in ihrem Wirtschaftsteil zu Fragen der Sechser-Gemeinschaft. In diesem Aufsatz wird vor allem hervorgehoben, daß der positive Wandel in der EWG und die Zielsetzung, eine neue Harmonie zu finden, entscheidend auf Bundeskanzler Brandt und seinen "formidablen" Wirtschaftsminister Schiller zurückzuführen sind. Zur Ostblockfrage sagt das Blatt u.a. wörtlich: "Es war wohl das aufregendste diplomatische Manöver der Dekade, als Mr. Brandt der Weltöffentlichkeit demonstrierte, daß seine Regierung ernstlich ihr Interesse an Verbesserungen der Beziehungen mit den kommunistischen Staaten zeigt."